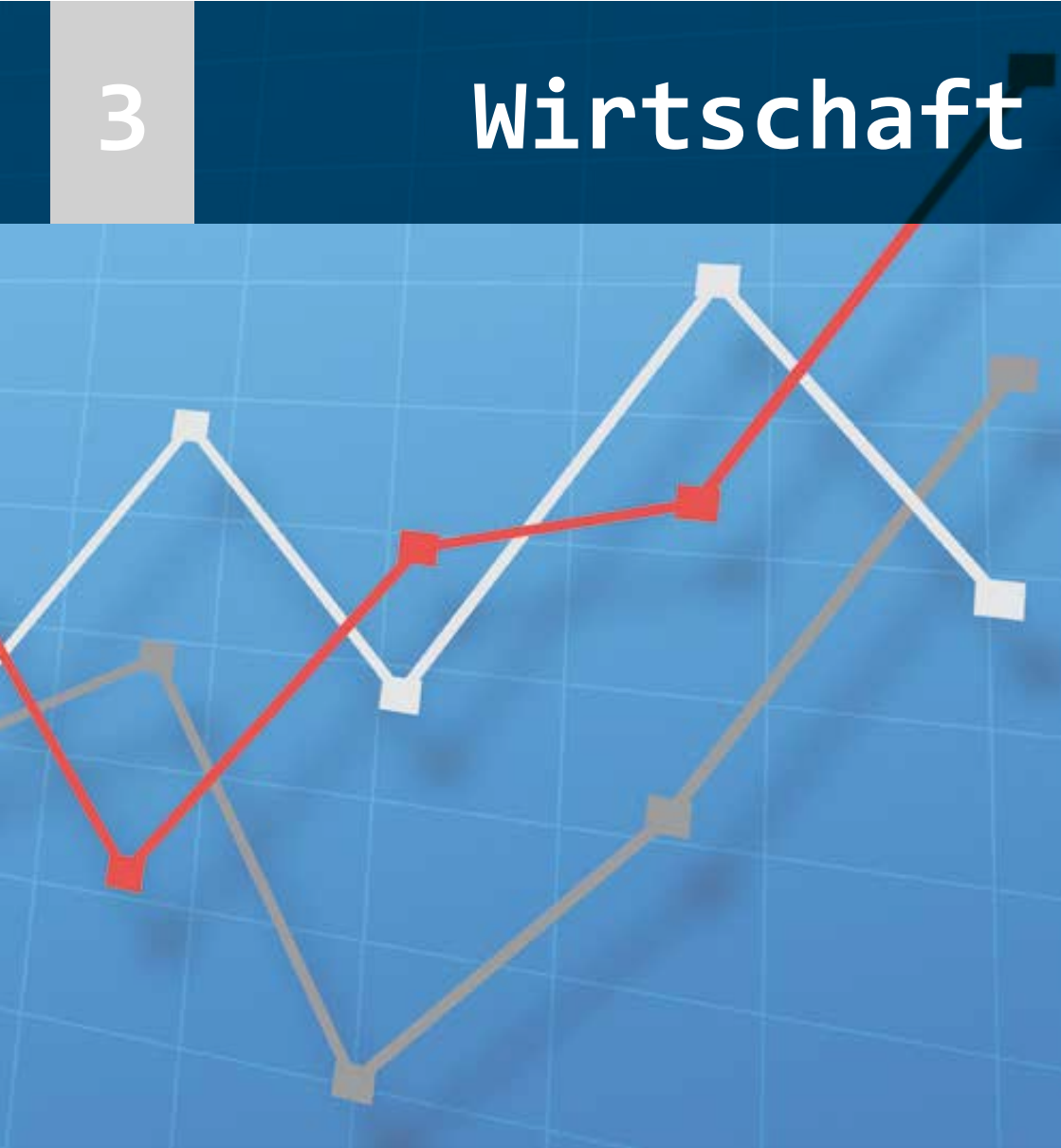


Thomas Delapina

Wachstum

3

Wirtschaft



Wirtschaft 3

Wachstum

Thomas Delapina

Wachstum

VOGB



ÖSTERREICH

Dieses Skriptum ist für die Verwendung im Rahmen der Bildungsarbeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaften und der Kammern für Arbeiter und Angestellte bestimmt.

Zeichenerklärung



Hinweise



Beispiele



Zitate

Stand: Juni 2016

Impressum:

Layout/Grafik: Dietmar Kreuzberger, Walter Schauer

Layoutentwurf/Umschlaggestaltung: Kurt Schmidt

Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

© 2016 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien

Herstellung: Printservice

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Printed in Austria

Wachstum	6
Nominelles und reales Wachstum	7
Pro-Kopf-Wachstum	10
Ursachen des Wirtschaftswachstums	12
Wachstumspolitik	14
Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	15
Negative Folgen des Wirtschaftswachstums	17
Kritik am Wachstumskonzept	19
Das Konzept der Wohlfahrtsindikatoren	22
BIP-Wachstum: ja oder nein	23
Wachstum und Wirtschaftsstruktur	24
Glossar	26
Zum Autor	29

→ Von einer wachsenden Wirtschaft wird dann gesprochen, wenn das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** eines Jahres, also die Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen, höher ist als im Vorjahr.

Eine Wirtschaftswachstumsrate von 2 Prozent bedeutet demgemäß, dass um 2 Prozent mehr Güter und Dienstleistungen als im Vorjahr produziert wurden.

Wirtschaftswachstum ist traditionell eines der zentralen Ziele der Wirtschaftspolitik, auch der Gewerkschaften.

In einer **stagnierenden Wirtschaft** sind Einkommenssteigerungen für eine Gruppe nur dann möglich, wenn anderen etwas weggenommen wird. Eine **wachsende Wirtschaft** ermöglicht dagegen wachsende Einkommen für alle: Von einem größeren Kuchen kann eben jede/r ein größeres Stück bekommen als zuvor.

Bevor darauf eingegangen wird, dass Wirtschaftswachstum auch seine negativen Seiten haben kann, soll aber noch detaillierter auf das Zustandekommen von Wirtschaftswachstum eingegangen werden.

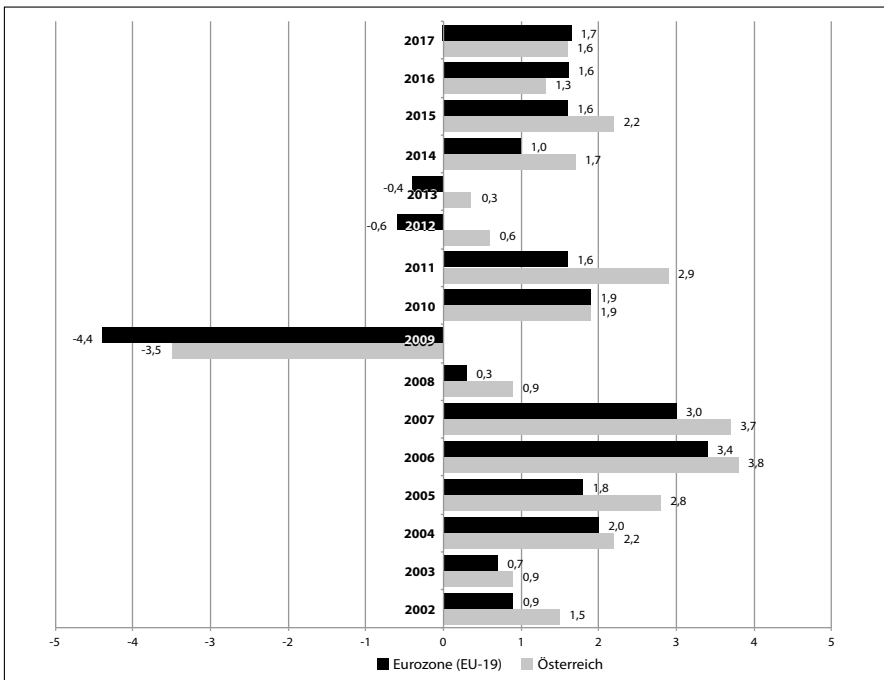
Wirtschaftswachstum bedeutet ein Mehr an Gütern und Dienstleistungen, die zur Verteilung zur Verfügung stehen, bedeutet in der Regel eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen, eine leichtere Finanzierung von Sozialleistungen (Schulen, Spitäler, Pensionen usw.) und entschärft auch Verteilungskonflikte.

Gemessen wird Wirtschaftswachstum also anhand der **Entwicklung des BIP**, das als Erfolgsüberprüfung dient, als Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und für internationale Wohlstandsvergleiche.

Reales Wirtschaftswachstum

Österreich – Eurozone (EU-19) 2002 bis 2017

(jährliche reale Zuwachsrate in Prozent)



Quelle: OECD (2016)

Das BIP ergibt sich aus der Multiplikation der erzeugten Güter- (und Dienstleistungs)menge mit den Preisen dieser Güter. Eine Erhöhung des BIP kann sich also nicht nur dadurch ergeben, dass tatsächlich mehr produziert wurde, sondern auch dadurch, dass zwar die Gütermenge gleich geblieben ist, dafür aber die Preise gestiegen sind. In der Praxis ist die **Kombination beider Fälle** die Regel.



Dies soll an einem Beispiel verdeutlicht werden:

Wir nehmen an, unsere gesamte Volkswirtschaft bestehe nur aus einem Unternehmen, das Kühlschränke produziert. In einem Jahr wurden 100 Kühlschränke um je € 1.000,- produziert, das BIP betrug also $100 \times 1.000 = € 100.000,-$. Stellt man im darauffolgenden Jahr ein BIP von € 110.000,- fest, also eine um 10 % gewachsene Wirtschaft, so kann dies verschiedenste Ursachen haben. Als Extremfälle kann entweder

- a) um 10 Kühlschränke um je € 1.000,- mehr produziert worden sein
(BIP = Menge 110 × Preis 1.000) oder
- b) es wurden nach wie vor 100 Kühlschränke produziert, aber zum gestiegenen Preis von je € 1.100,- (BIP = Menge 100 × Preis 1.100).

Um nun feststellen zu können, ob das Ansteigen des BIP tatsächlich auch auf einen Zuwachs der realen mengenmäßigen Produktion zurückzuführen ist, errechnet man neben dem nominellen BIP ein reales BIP, indem die jeweils in einem Jahr produzierte Gütermenge nicht mit den aktuellen, neuen Preisen, sondern mit den alten Preisen eines bestimmten Basisjahres multipliziert wird.

In unserem Beispiel sähe die Ermittlung des realen BIP folgendermaßen aus:

Fall a): Tatsächlich wurden 10 Kühlschränke mehr produziert, also insgesamt 110, mal dem alten Preis von € 1.000,-, somit auch reales BIP € 110.000,-, also reales Wirtschaftswachstum 10 %.

Fall b): Produktionsmenge unverändert 100 Kühlschränke, mal dem alten Preis von € 1.000,- ergibt reales BIP von € 100.000,-, also reales Wirtschaftswachstum von 0 %, obwohl das BIP nominell, bedingt durch Preissteigerungen, um 10 % gewachsen ist.

Vereinfacht kann man sagen, dass die Berechnung des realen BIP im Vergleich zum nominellen BIP die Preissteigerungen, für die Gesamtwirtschaft also etwa die Inflationsrate, herausfiltert.

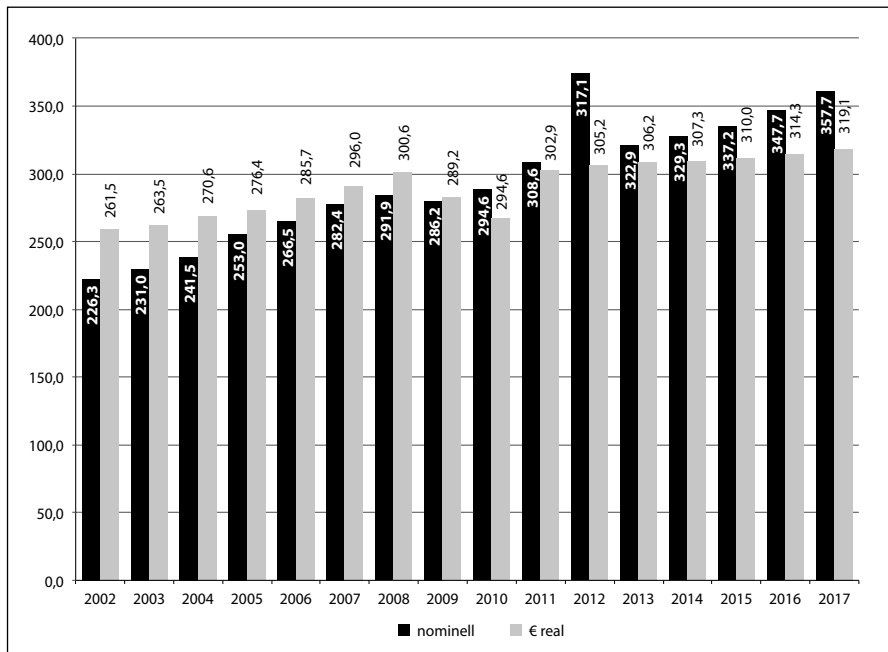
(Dies ist deshalb nicht ganz exakt, da zur Inflationsrate auch die Preissteigerungen importierter Produkte beitragen.)

Diese Realberechnung ist unbedingt notwendig zur Feststellung, ob das Wachstum tatsächlich auch zu einem Anstieg der Produktion und damit des Wohlstandes führt.

Bruttoinlandsprodukt Österreichs

(in Milliarden Euro)

real (Preise 2010)



Quelle: OECD, Statistik Austria (2016)

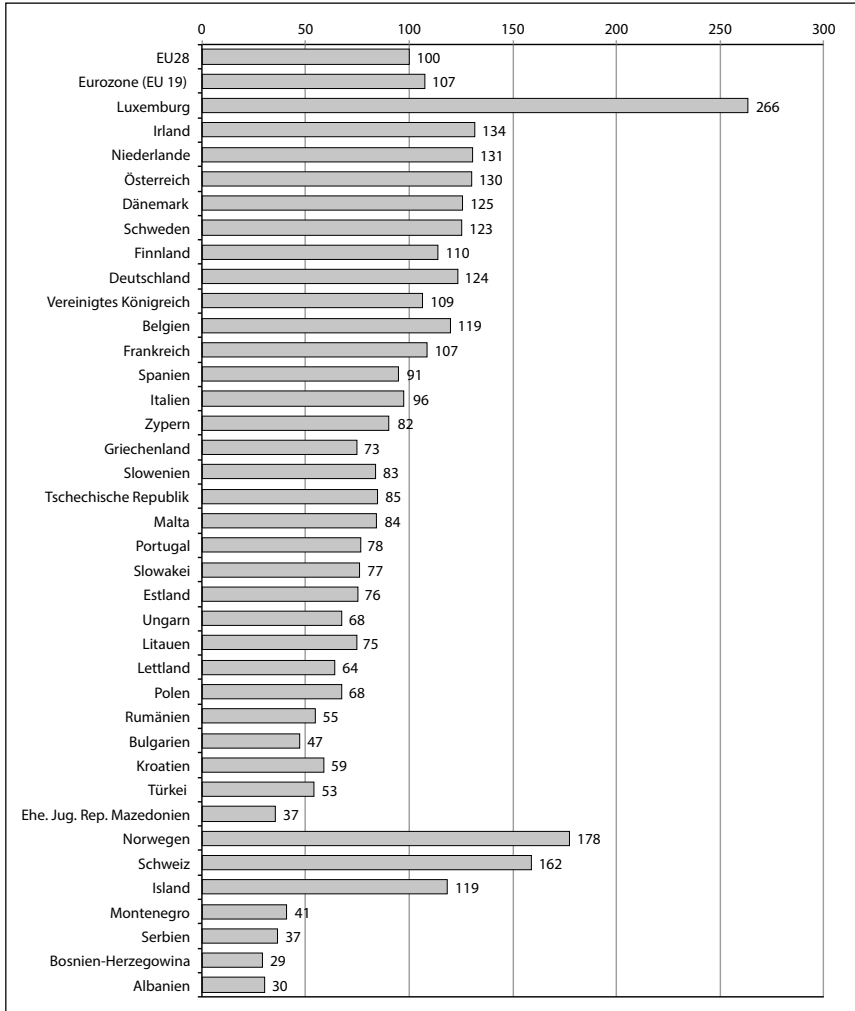
Pro-Kopf-Wachstum

Die Realberechnung allein genügt jedoch noch nicht, um Wohlstandssteigerungen nachzuweisen. Wurden in unserer einfachen, nur aus einem Unternehmen bestehenden Volkswirtschaft die 100 Kühlschränke von 100 Beschäftigten produziert, so fällt für jeden Beschäftigten/jede Beschäftigte 1 Kühlschrank ab. Werden im darauf folgenden Jahr 110 Kühlschränke produziert, dazu aber 120 ArbeiterInnen eingesetzt, so ist zwar das reale BIP um 10 % gestiegen, das BIP pro Beschäftigten/Beschäftigter – auch Produktivität genannt – aber gesunken. Unter **Produktivität** versteht man das Produktionsergebnis dividiert durch den Einsatz an Produktionsfaktoren. Dafür gibt es eine Vielzahl von Maßen, z. B.: gesamtwirtschaftliche Produktivität = BIP pro Erwerbstätigen/Erwerbstätiger; Arbeitsproduktivität = Produktion pro Beschäftigten/Beschäftigter oder pro geleistete Arbeitsstunde usw.

→ Erst ein Anstieg der Produktion pro Kopf der Bevölkerung, pro Erwerbstätigen/-tätiger oder pro Unselbständigen/Unselbständiger zeigt uns an, dass mehr zur Verteilung zur Verfügung steht als im Vorjahr.

Dass auch dies noch nicht tatsächlich einem Wohlstandszuwachs entsprechen muss, wird später im Abschnitt „Kritik am Wachstumskonzept“ erläutert.

BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards* im Jahr 2014 (EU-28 = 100)



Quelle: EUROSTAT (2016)

* Kaufkraftstandard ist eine Kunstwährung, welche die Kaufkraft an Gütern und Dienstleistungen verschiedener nationaler Währungen misst (so mussten z.B. 2014 für den Kauf ein und desselben Güterbündels in der Türkei 53 und in Luxemburg 266 Währungseinheiten aufgewendet werden).

Ursachen des

2 Wirtschaftswachstums

Dass eine Volkswirtschaft immer wachsen muss, ist nicht naturgesetzlich vorgegeben, aber langfristig als Trend fast immer und überall zu beobachten. Natürlich treten auch **Wachstumspausen** ein, in einzelnen Jahren sogar negative Wirtschaftswachstumsraten (in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg nur in den Jahren 1975 und 1981 und natürlich im Krisenjahr 2009). Diese sind jedoch zumeist konjunkturell bedingt, also kurzfristiger Natur, und werden im nächsten Konjunkturaufschwung wieder aufgeholt, sodass sich über eine längere Periode gemessen ein mittel- und langfristig wachsender Trend ergibt.

Die **Ursachen** dafür sind vielfältiger Natur, und in der Praxis wirken die verschiedensten Kombinationen dieser Ursachen.

→ Vermehrter Einsatz von Produktionsfaktoren

- » **Kapital:** Dadurch, dass Unternehmen Gewinne erzielen und investieren, wächst der Kapitalbestand laufend wie auch das Finanzkapital durch Verzinsung („Kapitalakkumulation“). Zur Kapitalakkumulation muss allerdings angemerkt werden, dass diese nicht von ganz allein erfolgt. Hinter den erwirtschafteten Dividenden steht die im Unternehmen geleistete Arbeit; und wenn es für den/die einzelne/n SparbuchbesitzerIn auch so aussieht, als ob sein/ihr Kapital durch die Zinsen von allein wächst: auch diese Zinsen müssen irgendwo in der Volkswirtschaft erwirtschaftet werden.
- » **Arbeit:** Durch das Bevölkerungswachstum steigt nicht nur das Arbeitskräftepotenzial, sondern auch die zu deckenden Bedürfnisse. Auch wenn das Wachstum der Bevölkerung in vielen Industrieländern stagniert, wächst die Bevölkerung weltweit gesehen sehr wohl.

Wirtschaftswachstum ist nur dann möglich, wenn sich angebotsseitige (wie Investitionen) sowie nachfrageseitige (z. B. Masseneinkommen) Faktoren in einem ausgewogenen Verhältnis und in einem Klima der Stabilität, des Vertrauens und positiver Erwartungen entwickeln.

→ Intensiverer Einsatz von Produktionsfaktoren

Selbst bei gleich bleibendem Einsatz von Produktionsfaktoren steigert sich deren Effizienz, deren Produktivität. Verantwortlich dafür sind Faktoren wie technischer Fortschritt durch Forschung, immer weiter gehende Spezialisierung und Arbeitsteilung (nicht nur im Betrieb, sondern auch international), verbesserte Ausbildung, Qualifikation usw.

All diese Faktoren garantieren noch kein Wirtschaftswachstum, sie schaffen bloß einmal das dafür **nötige Potenzial**. Um dieses Potenzial zu nutzen, bedarf es auch einer entsprechenden Entwicklung der Nachfrage, der Kaufkraft, der Einkommen.

Zum für Wirtschaftswachstum unverzichtbaren Klima des Vertrauens kann auch die Wirtschaftspolitik beitragen.

→ **Investitionsförderung:**

Für Investitionen, die gesamtwirtschaftlich nützlich, für einzelne Unternehmen dagegen zu riskant oder aufwendig sind, können öffentliche Förderungen angeboten werden, z. B. bei innovativen Zielsetzungen und hohem Forschungsaufwand, zur Reduktion von Energieverbrauch und Umweltbelastung, in unterentwickelten Regionen oder bei der Gründungsfinanzierung. Eine strenge Kosten-Nutzen-Kalkulation und eine regelmäßige Effizienzkontrolle sind dabei unbedingte Voraussetzung.

→ **Infrastrukturpolitik:**

Alle Ebenen der öffentlichen Hand (EU-Ebene, der Staat, das Bundesland, die Gemeinde) können die Rahmenbedingungen für die privaten Unternehmen und die Qualität des Standortes von Betrieben verbessern, indem sie den Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur (wie etwa Kommunikations- und Verkehrsnetze) unterstützen.

→ **Technologiepolitik:**

Je besser die Koordination von Forschung und Lehre (z. B. an Hochschulen) und der praktischen Entwicklung bis zu marktreifen Produkten erfolgt, desto größer ist das technologische und damit das Wachstumspotenzial eines Landes.

Von den einzelnen Bereichen der Wirtschaftspolitik unterstützen der Ausbau der Infrastruktur und die Wirtschaftsförderung, langfristig insbesondere die Forschungs- und Technologiepolitik sowie die Bildungs- und Qualifikationspolitik, das Ziel des Wirtschaftswachstums am stärksten. Es wäre Aufgabe der EU, viele dieser Bereiche zu koordinieren, um wettbewerbsverzerrende und damit ineffiziente und teure Unterbietungskonkurrenz, etwa bei der Ansiedlung von Unternehmen, zu vermeiden.

Weitere Instrumente der Wachstumspolitik sind beispielsweise die **Strukturpolitik**, die den im Wachstumsprozess zwangsläufig auftretenden Strukturwandel (Ersatz stagnierender Bereiche wie etwa die alten Schornsteinindustrien durch expansive und dynamische, etwa im Hochtechnologiebereich) erleichtern soll, die **Bildungspolitik**, die für eine Orientierung des Bildungssystems an künftigen Anforderungen zu sorgen hat, die **Wettbewerbspolitik**, die die Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb zu setzen hat, um auch auf stärker internationalisierten Märkten bestehen zu können, und natürlich die **Einkommenspolitik**, die dafür zu sorgen hat, dass auch die Nachfrage im gesamtwirtschaftlichen Gleichschritt wächst.

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Das Hauptproblem der Volkswirtschaften in der EU ist derzeit sicherlich die hohe Arbeitslosigkeit. Wenn auch über die Ursachen dafür und über mögliche Lösungsansätze viele unterschiedliche Meinungen existieren, **so fällt nach wie vor dem Wirtschaftswachstum, gestützt durch eine entsprechende Entwicklung der Nachfrage, die wesentliche – wenn auch nicht die einzige – Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen zu.** (Deshalb steht auch auf Seite 6 dieses Skriptums im unten stehenden Kasten richtigerweise: „Wirtschaftswachstum ... bedeutet in der Regel eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen ...“.)

Da allerdings die Zusammenhänge zwischen Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zuweilen etwas komplex sind, wird die Gültigkeit der Formel „höheres Wirtschaftswachstum = mehr Beschäftigung“ immer wieder angezweifelt. Dann wird beispielsweise argumentiert, Österreich oder die EU hätten in den letzten Jahrzehnten zwar positive Wirtschaftswachstumsraten verzeichnet, dennoch sei die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen oder sogar angestiegen.

Dies wird dann gerne mit dem **Schlagwort „jobless growth“, also „Wachstum ohne Arbeitsplätze“** bezeichnet. **Bei etwas näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass dieses Schlagwort keineswegs der Realität entspricht.**

Tatsächlich zeigen die Statistiken, dass sich der relativ enge Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten

kaum verändert hat. Der/Die ÖkonomIn würde sagen, „die Beschäftigungsintensität des Wachstums blieb unverändert“ (die „Beschäftigungsintensität des Wachstums“ ist die Zahl, welche angibt, wie viele Arbeitsplätze durch 1 Prozent reales Wirtschaftswachstum neu geschaffen werden). **In der EU bringt heute jedes Prozent Wachstum ca. 0,4 Prozent mehr Arbeitsplätze, und das ist genauso viel wie früher.**

Das Problem der Arbeitslosigkeit (und daher der falsche Eindruck vom Wachstum ohne Beschäftigung) entstand vielmehr durch ein **zu geringes Wachstum**. Aufgrund einer schwächeren Investitionstätigkeit lagen die Wirtschaftswachstumsraten seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts nur noch halb so hoch wie in den Jahrzehnten davor. Wegen des ständigen Produktivitätsfortschrittes muss die Wirtschaft schon einmal um rund 2 Prozent wachsen, um die bestehende Zahl von Arbeitsplätzen zu halten, genauer gesagt, um gerade so viele Arbeitsplätze neu zu schaffen, wie durch den Produktivitätsfortschritt wegrationalisiert werden.

→ Soll die Zahl der Arbeitsplätze in einer Volkswirtschaft gesteigert werden, so muss deren Wachstum folglich über dieser so genannten „Beschäftigungsschwelle“ von rund 2 Prozent liegen. Und ist dies längere Zeit nicht der Fall, so verfestigt sich die Arbeitslosigkeit.

Dass die irreführende, ja schlichtweg falsche Argumentation vom „jobless growth“, also dem Wachstum ohne Arbeitsplätze, noch immer herumgeistert, hat aber auch ideologische Hintergründe: Denn wenn man die Meinung vertritt, Wirtschaftswachstum wäre kein geeignetes Rezept zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, dann folgt oft rasch das nächste Argument: dann sei eben die zu inflexible Lohn- und Arbeitsmarktpolitik schuld, dann seien die Löhne und die Sozialleistungen zu hoch, verminderten damit die Wettbewerbsfähigkeit und verursachten Arbeitslosigkeit usw.

Dass dem nicht so ist, also dass ein Mangel an Wettbewerbsfähigkeit wohl kaum die Hauptursache der Arbeitslosigkeit in der EU sein kann, zeigt schon alleine ein Blick auf deren Export- und Handelsbilanz.

→ Nicht jeder Zuwachs an Arbeitsplätzen muss sich jedoch – spiegelverkehrt – in einer ebenso großen Reduktion der Arbeitslosenquoten niederschlagen. Denn es kann durchaus sein, dass gleichzeitig mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze auch die Erwerbsquote bzw. das Arbeitskräfteangebot (die Zahl der Leute, welche einen Job suchen) ansteigt.

Dies kann durch verschiedenste Faktoren ausgelöst werden: geburtenstarke Jahrgänge, Zuwanderung, Frauen, die früher zu Hause blieben, nun aber doch einen Arbeitsplatz suchen usw. Dann könnten durchaus gleichzeitig sowohl die Beschäftigung (die Zahl der Arbeitsplätze) als auch die Zahl der Arbeitslosen (bzw. die Arbeitslosenquote) ansteigen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen:

- » Wirtschaftswachstum schafft sehr wohl Arbeitsplätze, und zwar nicht weniger als früher, und bleibt die wesentlichste Quelle von Beschäftigung.
- » Dass trotz positiver Wirtschaftswachstumsraten nicht unbedingt auch die Gesamtbeschäftigung steigen muss, liegt daran, dass bei niedrigen Wachstumsraten (unter 2 Prozent) durch den Produktivitätsfortschritt mehr Arbeitsplätze verloren gehen, als durch das Wachstum neu geschaffen werden.
- » Selbst ein Wirtschaftswachstum von über 2 Prozent und damit eine steigende Gesamtbeschäftigung muss nicht zwingend in jedem Fall auch eine Verminderung der Arbeitslosenquote bedeuten, nämlich dann, wenn gleichzeitig noch mehr Personen neu auf den Arbeitsmarkt hereinströmen.

Negative Folgen des Wirtschaftswachstums

Obwohl die positiven Seiten des Wirtschaftswachstums klar erkennbar und unbestritten sind, treten im permanenten Wachstumsprozess auch **gesellschaftliche Kosten** auf; einige davon zwangsläufig, und einige davon beeinflussbar durch die Wirtschaftspolitik, durch das System der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation.

Eines der Probleme des (un)begrenzten Wachstums wurde uns in der ersten Hälfte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts beim ersten Ölpreisschock drastisch bewusst gemacht: Ein wesentlicher Teil der Produktion hängt von **natür-**

lichen Rohstoffen ab, die nicht beliebig vermehrbar sind und somit bei laufender Produktionsausdehnung immer knapper werden. Durch den technischen Fortschritt werden zwar neue Rohstoffvorkommen entdeckt, deren Förderung wird allerdings zumeist aufwendiger und somit weniger rentabel.

Ebenso wie Rohstoffe wird auch der Faktor **„Umwelt“** durch die anhaltende Ausweitung von Produktion und Konsum knapper, wie die Schäden an der Natur (Wasser, Luft, Wald usw.) zeigen. Hier geht es nicht um die reine Liebe zum „Bruder Baum“, sondern darum, dass eine intakte Umwelt langfristig lebensnotwendig ist. Umwelt ist nicht nur in unserer Freizeit wichtig zur Hebung der Lebensqualität, sondern ein bedeutender Inputfaktor vieler Wirtschaftszweige, von der Nahrungs- und Genussmittelindustrie bis zum Fremdenverkehr. Langfristig gedacht wird nur dort produziert werden, wo auch Menschen leben können: Der Schutz der Umwelt liegt also auch im unmittelbaren Interesse der produzierenden Unternehmen.

Nicht nur Rohstoffe und die Natur werden im Wachstumsprozess zunehmend ausgebeutet, sondern auch der Mensch, die **Gesundheit** kann negativ beeinflusst werden.

All diese Faktoren führten dazu, dass das wirtschaftspolitische Ziel „Wirtschaftswachstum“ in ein schlechtes Licht gerückt wurde.

Deshalb soll hier nur auf eine Kritik am Wachstumskonzept näher eingegangen werden, die nicht den Sinn des Wirtschaftswachstums an sich in Frage stellt, sondern eine Kritik an der Erfassung, an der Art der Messung von Wirtschaftswachstum, also eine Kritik am BIP als Wohlstandsindikator darstellt.

Die meisten dieser negativen Konsequenzen des Wirtschaftswachstums könnten allerdings durch gezielte Maßnahmen, durch eine Politik des umweltverträglichen Wachstums, reduziert oder ganz vermieden werden, sodass Wachstum nach wie vor eine wesentliche Voraussetzung für den Wohlstand möglichst breiter Bevölkerungsschichten ist.

- **Die Kritik am BIP als Wohlstandsindikator** setzt an der Tatsache an, dass in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in der das BIP ermittelt wird, nur das erfasst wird, was auf Märkten gehandelt wird, und zwar bewertet mit den dafür erzielten Preisen. Die Produktion von Gütern und die Erbringung von Dienstleistungen, die nicht über den Markt erfolgt, wie Eigenleistung und Schattenwirtschaft („Pfuscher“), werden nicht erfasst.



Dazu ein Beispiel:

Wird Wohnungsputz und Wäsche waschen von der Hausfrau (oder -mann) besorgt, trägt diese Leistung 0 zum BIP bei; wird dies gegen Bezahlung von einer Haushälterin besorgt, steigt das BIP um deren Entlohnung, ohne dass dadurch tatsächlich mehr Leistungen erbracht wurden. Ebenso sagt uns der in Euro angegebene Wert des BIP nichts darüber aus, ob bei der Produktion ohnehin schon knappe Rohstoffe ausgebeutet wurden, ob die Produktion umweltbelastend oder mit modernsten Umweltschutztechnologien erfolgte, ob Produkte hergestellt werden, die verrotten oder zu dauerhaften Schäden führen usw. Die Auflistung der tatsächlich produzierten Werte bzw. deren Steigerung von einem Jahr zum anderen steht folglich nur in sehr losem Zusammenhang mit Wohlstandswachstum.

- **Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Beispielen dafür, dass eine Steigerung des BIP sogar mit einer Verringerung des Wohlstandes Hand in Hand gehen kann. Dies ist überall dort der Fall, wo Schäden eintreten, deren Beseitigung Kosten verursacht, und diese Kosten erhöhen das BIP.** Dies betrifft sowohl Schäden an der Umwelt (man denke an die Kosten der Sanierung verschmutzter Flüsse und Seen oder an die Kosten, die das Waldsterben verursacht), Schäden an der menschlichen Gesundheit (die Kosten für Krankenhäuser, Rehabilitation nach Unfällen, bei Drogenkranken) sowie Schäden an Materialien (wo durch Unfälle oder rasche Korrosion Reparaturen oder die vorzeitige Ersetzung notwendig wird). Ebenso steigern die Ersetzungskosten bei bewusst kurzlebig konstruierten Produkten oder bei Modeartikeln, die rasch veralten, das BIP. Auch die Ausgaben für militärische

Zwecke, die Rüstungsausgaben, können diesem Bereich zugeordnet werden, der sicher keine Wohlstandsvermehrung bringt.

- Oft wird das **BIP durch Schäden angehoben**, und der Verursacher der Schäden hat nicht die Kosten der Schadensbeseitigung zu tragen (Beispiel: Wasserverschmutzung durch einen Industriebetrieb, Gewässersanierung durch die öffentliche Hand).

Die Schadensbeseitigungskosten fließen nicht in die Preiskalkulation des Unternehmens ein; man spricht von sozialen oder „externen Kosten“. In einer Marktwirtschaft hat dies zur Folge, dass die vom Unternehmen für das Produkt kalkulierten Preise zu niedrig angesetzt werden (da sie nicht alle Kosten beinhalten), und somit der Konsum z. B. von umweltbelastenden Produkten höher ist, als er es bei Marktpreisen wäre, die alle Kosten mit einkalkulieren.

Eine Lösung dieses Problems läge im strikten Einhalten des „Verursacherprinzips“, das bedeutet, dass in unserem Beispiel das produzierende Unternehmen alle, somit auch die „externen“ Folgekosten zu tragen hat („Internalisierung externer Kosten“). Damit bekäme das Produkt seinen eigentlichen, höheren Marktpreis und würde dementsprechend weniger nachgefragt.

- **Die Höhe des BIP bzw. dessen Steigerungsrate sagt nichts über die tatsächliche Verteilung des Produktes aus.**

Sie sagt nicht aus, ob das Produkt im Land selbst verteilt oder ob ein Großteil der Produktion exportiert wird und der Bevölkerung gar nicht zur Wohlstandsvermehrung dient, wie dies vor allem in Entwicklungsländern oft der Fall ist – wo sich bei hohen BIP-Wachstumsraten entweder nur eine schmale Oberschicht bereichert und ein Großteil der Bevölkerung keine Wohlstandsvermehrung erfährt, oder wo die Produktion durch multinationale Konzerne erfolgt und die Produkte sowie die Erlöse nur dem Ausland zugute kommen.

→ **Schließlich ist am BIP als Wohlstandsindikator auch zu bemängeln, dass immaterielle Werte nicht berücksichtigt werden.**

Diese werden nicht auf Märkten zu bestimmten Preisen gehandelt, können aber für den Begriff „Wohlstand“ ebenso wichtig sein wie die materielle Produktion, z. B. Fragen der Arbeitsorganisation (Mitbestimmungsmöglichkeiten, menschengerechte Arbeitsplätze), der sozialen Absicherung, der demokratischen Strukturen eines Landes, Freizeitmöglichkeiten oder Urlaubslänge.

4 Das Konzept der Wohlfahrtsindikatoren

Da also das auf die materielle Produktion abgestellte Konzept der BIP-Ermittlung nur teilweise allen Aspekten des Wohlstandsbegriffes gerecht werden kann, wurden schon seit knapp 50 Jahren Versuche unternommen, zum Zwecke des internationalen Wohlstandsvergleichs ein umfassendes Konzept von „**Sozial- oder Wohlfahrtsindikatoren**“ zu erstellen. In jüngster Vergangenheit wurden diese Bemühungen unter dem Titel „**GDP and beyond**“ (= „BIP und darüber hinaus“) wiederbelebt, um mittels zusätzlicher Kennzahlen messtechnische Probleme zu lösen sowie um Lebensqualität und umweltorientierte Nachhaltigkeit besser abzubilden.

Diese Indikatoren bestehen im Wesentlichen aus einer Auflistung aller möglichen materiellen und nicht materiellen Vergleichszahlen. Diese enthalten zumindest die realen BIP-Wachstumsraten, das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen, Inflationsrate, Arbeitszeit, daneben die materielle Ausstattung der Haushalte, z. B. mit Autos, Fernseher usw., Infrastrukturdaten wie die Zahl der Ärzte/ÄrztInnen, Krankenhausbetten, Straßenkilometer sowie Hinweise auf das Sozial- und Gesundheitssystem wie die durchschnittliche Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit, Zahl der StudentInnen, der Häftlinge. Dazu kommen Daten über Umweltbelastung und Energieverbrauch, Verteilungsdaten, Daten aus der Arbeitswelt (z.B. Arbeitsunfälle), des Bildungssystems und aus dem kulturellen Bereich.

Noch sind auf internationaler und nationaler Ebene (Statistik Austria) die Arbeiten dazu im Gange und noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls wird in Zukunft mit einem breiteren Datenangebot zu rechnen sein.

Natürlich geben diese Wohlfahrtsindikatoren einen wesentlich breiteren Einblick in die Wohlstandsverhältnisse eines Landes als bloß das BIP(-Wachstum). Dieses Konzept hat allerdings **für internationale Vergleiche auch zwei wesentliche Nachteile:**

→ **Erstens** können sinnvollerweise nur Länder verglichen werden, die ein einigermaßen ähnliches Entwicklungsniveau und auch ein vergleichbares Gesellschafts- und Wirtschaftssystem aufweisen. Schon der Vergleich Österreichs mit den USA wird aufgrund einer völlig anderen Ausprägung etwa des Systems der sozialen Sicherheit problematisch, und Vergleiche mit Ländern

anderer Systeme und Entwicklungsstufen wie etwa mit China, Indien oder Ländern der Dritten Welt sind praktisch ohne Erkenntniswert.

→ **Zweitens** ist eine so umfassende Liste einfach zu unübersichtlich und kann nicht zu einer einzigen vergleichbaren Messzahl zusammengefasst werden.

Somit müssen wir weiterhin trotz aller Unzulänglichkeiten mit dem Begriff des **BIP als dem zentralen Maß für den Wohlstand** eines Landes leben. Dieser Begriff wird auch in Zukunft der wesentliche Maßstab sein, an dem der Erfolg einer Volkswirtschaft gemessen wird, und der folglich für Gewerkschaften, beispielsweise bei Kollektivvertragsverhandlungen, im Mittelpunkt steht. Wann auch immer man allerdings von BIP-Wachstumsraten spricht, sollte man all die erläuterten Unzulänglichkeiten und Einschränkungen der Aussagekraft dieses Begriffes im Hinterkopf bewahren.

Für die Gewerkschaften ist dabei der Aspekt von besonderer Bedeutung, dass stabiles Wirtschaftswachstum eine mittelfristig ausgewogene Entwicklung von Angebot und Nachfrage erfordert, was dem traditionellen Ziel der Gewerkschaften, eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik anzustreben, entspricht. Denn dadurch wird gewährleistet, dass die Löhne und Gehälter etwa im selben Maße wie der Wohlstand der gesamten Volkswirtschaft wachsen.

Die positiven Aspekte des BIP-Wachstums sind Argument genug, um für möglichst hohes Wirtschaftswachstum zur Sicherung des materiellen Wohlstandes einzutreten. Doch muss die Devise heißen: Wachstum, aber nicht um jeden Preis, sondern ein ausgewogenes, stabiles Wachstum, das Rücksicht auf soziale Aspekte, auf die Verteilung und auf die Umwelt nimmt, um die Möglichkeiten der Wohlfahrtsvermehrung möglichst vielen zugute kommen zu lassen und vor allem auch für künftige Generationen nicht einzuschränken.

5 Wachstum und Wirtschaftsstruktur

Während die Phänomene, die wir während eines Konjunkturzyklus beobachten (steigende/fallende Inflations- und Arbeitslosenraten, Schwankungen der Auftragseingänge, der Produktion, des Konsums, der Einkommen usw.), im Laufe eines solchen Konjunkturzyklus wieder kompensiert werden (Zyklus = Kreis, man kehrt also wieder zum Ausgangspunkt zurück, siehe Skriptum Wirtschaft 2 „Konjunktur“), so bringt der über Jahrzehnte und Jahrhunderte andauernde Prozess des permanenten Wachstums der Wirtschaft, der Ausdehnung von Produktion und Konsum, Veränderungen im Wirtschaftsgefüge mit sich, die von dauerhafter Natur sind:

Produktionszweige und Berufe sterben aus, neue entstehen durch neue Bedürfnisse und neue Technologien, sie reifen heran und werden wieder durch neue ersetzt. Der Wachstumsprozess führt dazu, dass die Struktur der Wirtschaft einem laufenden Wandel unterworfen ist.

SKRIPTEN ÜBERSICHT



WIRTSCHAFT	
WI-1	Einführung in die Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften
WI-2	Konjunktur
WI-3	Wachstum
WI-4	Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
WI-5	Beschäftigung und Arbeitsmarkt
WI-6	Lohnpolitik und Einkommensverteilung
WI-7	Der öffentliche Sektor (Teil 1) – in Vorbereitung
WI-8	Der öffentliche Sektor (Teil 2) – in Vorbereitung
WI-9	Investition
WI-10	Internationaler Handel und Handelspolitik
WI-12	Steuerpolitik
WI-13	Bilanzanalyse
WI-14	Der Jahresabschluss
WI-16	Standort-, Technologie- und Industriepolitik

Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE	
PZG-1A	Sozialdemokratie und andere politische Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945
PZG-1B	Sozialdemokratie seit 1945 (in Vorbereitung)
PZG-2	Christliche Soziallehre
PZG-3	Die Unabhängigen im ÖGB
PZG-4	Liberalismus/Neoliberalismus
PZG-6	Rechtsextremismus
PZG-7	Faschismus
PZG-8	Staat und Verfassung
PZG-10	Politik, Ökonomie, Recht und Gewerkschaften
PZG-11	Gesellschaft, Staat und Verfassung im neuzeitlichen Europa, insbesondere am Beispiel Englands

SOZIALE KOMPETENZ			
SK-1	Sprechen – frei sprechen	SK-5	Moderation
SK-2	Teamarbeit	SK-6	Kommunizieren und Werben mit System
SK-3	NLP	SK-8	Führen im Betriebsrat
SK-4	Konfliktmanagement		

**Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten**

Beschäftigungsintensität des Wachstums: Maßzahl, welche angibt, wie viele Arbeitsplätze durch 1 Prozent reales Wirtschaftswachstum neu geschaffen werden.

Beschäftigungsschwelle: diejenige Wirtschaftswachstumsrate, die überschritten werden muss, um zusätzliche Beschäftigung zu schaffen (also mehr, als durch den Produktivitätsfortschritt wegfällt)

Dividende: der auf die AktionärInnen entfallende Teil des Bilanzgewinnes einer Aktiengesellschaft

Effizienz: Herstellung einer Produktmenge zu den geringstmöglichen Kosten

externe Kosten (= soziale Kosten, volkswirtschaftliche Kosten): Kosten, die nicht vom Verursacher getragen werden, sondern Dritten aufgebürdet werden

GDP and beyond: englisch für „Bruttoinlandsprodukt und darüber hinaus“ – Titel der laufenden Fachdiskussion über die Ergänzung des BIP um Kennzahlen zur Messung von Wohlfahrt, Lebensqualität und Nachhaltigkeit

Infrastruktur: langlebige Basiseinrichtungen, die zum Funktionieren einer arbeitsteiligen Wirtschaft notwendig sind, wie z. B. Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Bildungswesen usw.

innovativ: neue Produkte am Markt oder Produktionsprozesse einführend

Input: Einsatz von Produktionsfaktoren im Produktionsprozess

Internalisierung: Externe Effekte (z. B. Kosten) werden in die Verantwortung und Kalkulation des Verursachers übergeführt.

jobless growth: irreführendes und nicht zutreffendes Schlagwort vom Wirtschaftswachstum, das keine Arbeitsplätze schafft

nominell: zu laufenden, aktuellen Preisen bewertet

Output: Resultat des Produktionsprozesses

Produktivität: das Verhältnis der eingesetzten Produktionsfaktoren (Input) zum Produktionsergebnis (Output)

produktivitätsorientierte Lohnpolitik: Es wird angestrebt, dass sich die Erhöhung der Löhne und Gehälter mittelfristig im Gleichschritt mit der Produktivität (plus Zielinflationsrate) entwickelt, um für die Unselbständigen einen Einkommenszuwachs zu realisieren, der dem gesamtwirtschaftlichen Wohlstandswachstum entspricht.

real: rein mengenmäßig, also ohne Berücksichtigung von Preisänderungen betrachtet

soziale Kosten: siehe „externe Kosten“

Trend: Grundrichtung einer längerfristigen zeitlichen Entwicklung, bereinigt um kurzfristige Schwankungen

Notizen

Zum Autor

Mag. Thomas Delapina



Mag. Thomas Delapina studierte Volkswirtschaft an der Universität Wien und arbeitet seit 1979 in der Abteilung Wirtschaftswissenschaften in der Arbeiterkammer Wien.

Fragen der Konjunktur und des Wirtschaftswachstums zählen zu seinen Arbeitsschwerpunkten, seit 1983 ist er auch Mitglied der Konjunkturprognose-Arbeitsgruppe der OECD in Paris.

Von 1992 bis 2013 war er Geschäftsführer des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen (ein sozialpartnerschaftliches ExpertInnenegremium, welches Studien mit gemeinsamen Empfehlungen aller vier Sozialpartner erarbeitet).

Seit 1995 vertritt er auch die Interessen der österreichischen ArbeitnehmerInnen im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Brüssel.

Notizen

Notizen

VÖGB/AK-SKRIPTEN

Die Skripten sind eine Alternative und Ergänzung zum VÖGB/AK-Bildungsangebot und werden von ExpertInnen verfasst, didaktisch aufbereitet und laufend aktualisiert.

UNSERE SKRIPTEN UMFASSEN FOLGENDE THEMEN:

- › Arbeitsrecht
- › Sozialrecht
- › Gewerkschaftskunde
- › Praktische Gewerkschaftsarbeit
- › Internationale Gewerkschaftsbewegung
- › Wirtschaft
- › Wirtschaft – Recht – Mitbestimmung
- › Politik und Zeitgeschehen
- › Soziale Kompetenz
- › Humanisierung – Technologie – Umwelt
- › Öffentlichkeitsarbeit

SIE SIND GEEIGNET FÜR:

- › Seminare
- › ReferentInnen
- › Alle, die an gewerkschaftlichen Themen interessiert sind.



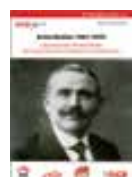
Nähere Infos und
kostenlose Bestellung:
www.voegb.at/skripten
E-Mail: skripten@voegb.at
Adresse:
Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien
Tel.: 01/534 44-39244

Die Skripten gibt es hier zum Download:



www.voegb.at/skripten


Leseempfehlung:
Reihe Zeitgeschichte und Politik





Notizen

SKRIPTEN ÜBERSICHT



SOZIALRECHT		
SR-1	Grundbegriffe des Sozialrechts	
SR-2	Sozialpolitik im internationalen Vergleich	
SR-3	Sozialversicherung – Beitragsrecht	
SR-4	Pensionsversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-5	Pensionsversicherung II: Leistungsrecht	
SR-6	Pensionsversicherung III: Pensionshöhe	
SR-7	Krankenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-8	Krankenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-9	Unfallversicherung	
SR-10	Arbeitslosenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-11	Arbeitslosenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-12	Insolvenz-Entgeltsicherung	
SR-13	Finanzierung des Sozialstaates	
SR-14	Pflege und Betreuung	
SR-15	Bedarfsorientierte Mindestsicherung	
Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.		

ARBEITSRECHT		
AR-1	Kollektive Rechtsgestaltung	
AR-2A	Betriebliche Interessenvertretung	
AR-2B	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates	
AR-2C	Rechtstellung des Betriebsrates	
AR-3	Arbeitsvertrag	
AR-4	Arbeitszeit	
AR-5	Urlaubsrecht	
AR-6	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	
AR-7	Gleichbehandlung im Arbeitsrecht	
AR-8A	ArbeitnehmerInnenschutz I: Überbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-8B	ArbeitnehmerInnenschutz II: Innerbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-9	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
AR-10	Arbeitskräfteüberlassung	
AR-11	Betriebsvereinbarung	
AR-12	Lohn(Gehalts)exekution	
AR-13	Berufsausbildung	
AR-14	Wichtiges aus dem Angestelltenrecht	
AR-15	Betriebspensionsrecht I	
AR-16	Betriebspensionsrecht II	
AR-18	Abfertigung neu	
AR-19	Betriebsrat – Personalvertretung Rechte und Pflichten	
AR-21	Atypische Beschäftigung	
AR-22	Die Behindertenvertrauenspersonen	

GEWERKSCHAFTSKUNDE		
GK-1	Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung	
GK-2	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945	
GK-3	Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis heute	
GK-4	Statuten und Geschäftsordnung des ÖGB	
GK-5	Vom 1. bis zum 18. Bundeskongress	
GK-7	Die Kammern für Arbeiter und Angestellte	
GK-8	Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB	

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

